



Niederschrift

I. Öffentlicher Teil

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Ort: Stadthaus, Erich Kästner Platz 1, 03046 Cottbus,
Ratssaal

Datum 27.03.2024

Beginn 14:00 Uhr

Ende 16:40 Uhr

Stadtverwaltung Cottbus/Chóśebuz

05.04.2024

Tagesordnung (Stand: 20.03.2024)

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Entscheidung über vorgebrachte Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der letzten Sitzung
4. Bestätigung der Tagesordnung der Sitzung
5. Einwohnerfragestunde
 - 5.1. Kleingartenanlage am Mühlberg
EWA-12/24
 - 5.2. Bebauungsplan Stadtfeld und Abriss von Kleingärten: Kleingartenanlage „Am Mühlberg“ und „Roseneck“
EWA-17/24
 - 5.3. Bäume in Sandow
EWA-21/24
6. Anfragen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 6.1. Schulessen
AN-11/24
 - 6.2. Erarbeitung des Mietspiegels
AN-14/24
 - 6.3. Verjährung von Kanalanschlussbeiträgen
AN-15/24
 - 6.4. Verfahrensstand Prüfauftrag „Begräbnisstätte für Verstorbene muslimischen Glaubens“
AN-16/24
 - 6.5. Vorbereitende Maßnahmen zur Einführung Bezahlkarte
AN-18/24
 - 6.6. Wohnbaufläche Priorstraße
AN-19/24
7. Berichte und Informationen
 - 7.1. Bericht des Oberbürgermeisters sowie Aussprache zum Bericht
 - 7.2. Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
 - 7.3. Petitionen

- 7.4. Aktuelle Stunde
- 7.5. Berichte der Beiräte der Stadt Cottbus/Chósebuz
8. Vorlagen der Verwaltung
 - 8.1. 6. Änderung der Neufassung der Hauptsatzung der kreisfreien Stadt Cottbus/Chósebuz vom 28.10.2016
Vorlage: III-002/24 StVV
 - 8.2. 1. Abberufung der Integrationsbeauftragten der Stadt Cottbus/Chósebuz 2. Benennung der Beauftragten für Demokratiestärkung und Integration der Stadt Cottbus/Chósebuz nach § 6 der Hauptsatzung der Stadt Cottbus/Chósebuz in Verbindung mit § 19 BbgKVerf
Vorlage: OB-004/24 StVV
 - 8.3. Bebauungsplan Nr. S/70/127 "Urbanes Gebiet Hardenbergstraße", Spremberger Vorstadt - Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit -
Vorlage: II.1-001/24 STVV
 - 8.4. Bebauungsplan Nr. N/34/115 "Märkische Siedlung, Schmellwitzer Straße" - Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit
Vorlage: II.1-002/24 STVV
 - 8.5. Satzung über die Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich des Bebauungsplanes Nr. N/28/124 „Feuer- und Rettungswache II – Ewald-Haase-Straße“
Vorlage: II.1-006/24 StVV
 - 8.6. Änderung des Widmungszweckes kommunal-öffentlicher Einrichtungen
Vorlage: III-003/24 StVV
 - 8.7. Heilung der Satzung über die Erhebung von Gebühren bei Leistungen der Feuerwehr der Stadt Cottbus/Chósebuz (Feuerwehrggebührensatzung)
Vorlage: III.1-002/24 StVV
 - 8.8. Heilung der Satzung über die Erhebung von Kostenersatz bei Leistungen der Feuerwehr der Stadt Cottbus/Chósebuz (Feuerwehrkostenersatzsatzung)
Vorlage: III.1-003/24 StVV
9. Anträge aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 9.1. Einrichtung eines externen Bürgerbüros für die Beiräte der Stadt Cottbus und die Beauftragten des Oberbürgermeisters
AT-47/23
 - 9.2. Zentrales Vergabemanagement der Stadt Cottbus/Chósebuz
AT-07/24
 - 9.3. Unterstützung der Bürger bei der Digitalisierung
Vorlage: AT-08/24
 - 9.4. Prüfung der Aufstellung eines Standup-Paddeling-Board (SUB)- und Kajak-Automaten an der Stadtspreewald
AT-09/24
 - 9.5. Lücken bei der Schulwegsicherung für 1.+ 2. Klassen schließen
AT-10/24

- 9.6. Schaffung von Arbeitsgelegenheiten nach § 5 AsylbLG für arbeitsfähige Asylbewerber
AT-11/24
- 9.7. Sicherheit der Bürger und Gäste erhöhen durch weitere Videoüberwachung
AT-12/24
- 9.8. Sicherheit gewährleisten durch personelle Verstärkung des Vollzugsdienstes zur
Erhöhung der Streifengänge der Stadt Cottbus/Chóšebuz
AT-13/24
10. Persönliche Mitteilungen und Erklärungen

II. Nicht öffentlicher Teil

1. Entscheidung über vorgebrachte Einwendungen gegen die Niederschrift über den nicht öffentlichen Teil der letzten Sitzung
2. Anfragen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 2.1. Private Waldgrundstücke
AN-20/24
3. Berichte und Informationen
 - 3.1. Oberbürgermeister
 - 3.2. Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
4. Vorlagen der Verwaltung
 - 4.1. Verkauf eines Grundstückes aus dem städtischen Grundbesitzes
Vorlage: II-001/24 STVV
5. Anträge aus der Stadtverordnetenversammlung
6. Persönliche Mitteilungen und Erklärungen
7. Schließung der Sitzung

Abarbeitung der Tagesordnung

TOP 1

Eröffnung der Sitzung

Herr Droglä eröffnet die Sitzung.

TOP 2

Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße und fristgerechte Ladung wird festgestellt.

Anwesenheitsliste

Vorsitz

Herr Reinhard Droglä

1. stellvertretender Vorsitz

Herr Klaus Groß

2. stellvertretender Vorsitz

Frau Karin Kühl

Oberbürgermeister

Herr Tobias Schick

Mitglied der Stadtverordnetenversammlung

Herr Robert Amat-Kreft, Herr Dr. Wolfgang Bialas, Herr Dr. Tilo Biesecke, Frau Gudrun Breitschuh-Wiehe, Frau Eva Engelhardt, Herr Rüdiger Galle, Herr Philipp Gärtner, Frau Anja Heger, Herr Joachim Käks, Herr Torsten Kaps, Herr André Kaun, Frau Kerstin Kircheis, Frau Dr. med. Margrit Koal, Frau Lena Kostrewa, Herr Dr. Martin Kühne, Herr Jörn-Matthias Lehmann, Frau Birgit Mankour, Herr Heinz-Dieter Markusch, Frau Juliana Meyer, Herr Dietmar Micklich, Herr Frank Mittag, Herr Hans-Joachim Pschuskel, Herr Eberhard Richter, Herr Ingo Scharmacher, Herr Richard Schenker, Frau Peggy Schnell, Herr Andy Schöngarth, Herr Dieter Schulz, Herr Dietmar Schulz, Herr Felix Sicker, Herr Jürgen Siewert, Herr Peter Sohst, Frau Marianne Spring-Räumschüssel, Herr Michael Steinberg, Herr Hagen Strese, Herr Hans-Joachim Weißflog,

Die Stadtverordnetenversammlung ist beschlussfähig.

Mitarbeiter der Verwaltung: Frau Tzschope, Frau Ramsch, Herr Perko, Herr Bergner, Frau Mohaupt, Frau Belle

TOP 3

Entscheidung über vorgebrachte Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der letzten Sitzung

Keine Einwendungen.

TOP 4

Bestätigung der Tagesordnung der Sitzung

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der vorliegenden Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

0 Enthaltungen

TOP 5

Einwohnerfragestunde

TOP 5.1

Kleingartenanlage am Mühlberg

Dokument: EWA-12/24

Anfragestellerin: Frau Patrycja Kozinski

Frau Mohaupt (Dezernat II.1) gibt die mündliche Antwort.

Nachfragen/Redebeiträge: Herr Schöngarth

Die schriftliche Beantwortung wird in Verantwortlichkeit des Dezernates II.1 an die Fragestellerin übersandt, den Fraktionen/Einzelstadtverordneten zur Kenntnis gegeben und ins Internet gestellt.

TOP 5.2

Bebauungsplan Stadtfeld und Abriss von Kleingärten: Kleingartenanlage „Am Mühlberg“ und „Roseneck“

Dokument: EWA-17/24

Anfragesteller: Familie Kaschte

Herr Kaschte trägt seine Anfrage persönlich vor.

Frau Mohaupt (Dezernat II.1) gibt die mündliche Antwort.

Nachfragen/Redebeiträge: Frau Spring-Räumschüssel, Herr Schenker, Herr Sohst

Die schriftliche Beantwortung wird in Verantwortlichkeit des Dezernates II.1 an die Fragestellerin übersandt, den Fraktionen/Einzelstadtvordneten zur Kenntnis gegeben und ins Internet gestellt.

TOP 5.3

Bäume in Sandow

Dokument: EWA-21/24

Anfragesteller: Rudi und Silke Milius

Frau Mohaupt (Dezernat II.1) gibt die mündliche Antwort.

Keine Nachfragen.

Die schriftliche Beantwortung wird in Verantwortlichkeit des Dezernates II.1 an die Fragestellerin übersandt, den Fraktionen/Einzelstadtvordneten zur Kenntnis gegeben und ins Internet gestellt.

TOP 6

Anfragen aus der Stadtverordnetenversammlung

TOP 6.1

Schulesen

Dokument: AN-11/24

Anfragesteller: Fraktion DIE LINKE.

Frau Belle (Dezernat I.1) gibt die mündliche Antwort.

Keine Nachfragen.

Die schriftliche Beantwortung wird in Verantwortlichkeit des Dezernates I.1 an den Fragesteller übersandt, den Fraktionen/Einzelstadtvordneten zur Kenntnis gegeben und ins Internet gestellt.

TOP 6.2

Erarbeitung des Mietspiegels

Dokument: AN-14/24

Anfragesteller: Fraktion DIE LINKE.

Herr Bergner (Dezernat III.1) gibt die mündliche Antwort.

Nachfragen/Redebeiträge: Frau Kircheis

Die schriftliche Beantwortung wird in Verantwortlichkeit des Dezernates III.1 an den Fragesteller übersandt, den Fraktionen/Einzelstadtverordneten zur Kenntnis gegeben und ins Internet gestellt.

TOP 6.3

Verjähmung von Kanalanschlussbeiträgen

Dokument: AN-15/24

Anfragesteller: Fraktion DIE LINKE.

Frau Ramsch (Geschäftsbereich I) gibt die mündliche Antwort.

Nachfragen/Redebeiträge: Herr Schenker

Die schriftliche Beantwortung wird in Verantwortlichkeit des Geschäftsbereiches I an den Fragesteller übersandt, den Fraktionen/Einzelstadtverordneten zur Kenntnis gegeben und ins Internet gestellt.

TOP 6.4

Verfahrensstand Prüfauftrag „Begräbnisstätte für Verstorbene muslimischen Glaubens“

Dokument: AN-16/24

Anfragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Mohaupt (Dezernat II.1) gibt die mündliche Antwort.

Nachfragen/Redebeiträge: Herr Dr. Bialas, Herr Scharmacher, Herr Richter

Die schriftliche Beantwortung wird in Verantwortlichkeit des Dezernates II.1 an die Fragestellerin übersandt, den Fraktionen/Einzelstadtverordneten zur Kenntnis gegeben und ins Internet gestellt.

TOP 6.5

Vorbereitende Maßnahmen zur Einführung Bezahlkarte

Dokument: AN-18/24

Anfragesteller: Fraktion CDU

Frau Belle (Dezernat I.1) gibt die mündliche Antwort. Der Oberbürgermeister gibt ergänzende Hinweise.

Nachfragen/Redebeiträge: Herr Dr. Bialas, Herr Schöngarth

Die schriftliche Beantwortung wird in Verantwortlichkeit des Dezernates I.1 an den Fragesteller übersandt, den Fraktionen/Einzelstadtvordneten zur Kenntnis gegeben und ins Internet gestellt.

TOP 6.6

Wohnbaufläche Priorstraße

Dokument: AN-19/24

Anfragesteller: Stadtverordneter Andy Schöngarth

Frau Mohaupt (Dezernat II.1) gibt die mündliche Antwort.

Keine Nachfragen/Redebeiträge:

Die schriftliche Beantwortung wird in Verantwortlichkeit des Dezernates II.1 an die Fragestellerin übersandt, den Fraktionen/Einzelstadtvordneten zur Kenntnis gegeben und ins Internet gestellt.

TOP 7

Berichte und Informationen

TOP 7.1

Bericht des Oberbürgermeisters sowie Aussprache zum Bericht

Berichterstatte: Herr Schick

Der Oberbürgermeister hält seinen Bericht.
Weitere Informationen durch Frau Mohaupt

Nachfragen zum Bericht: Herr Käks, Herr Mittag, Herr Schenker, Herr Scharmacher, Herr Schöngarth

TOP 7.2

Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Berichterstatter: Herr Drogla

Der Bericht der CMT Cottbus Congress, Messe & Touristik GmbH und Cottbuser Gartenschauengesellschaft 1995 mbH Geschäftsjahr 2023 wurde schriftlich am 27.03.2024 eingereicht und an alle Fraktionen und dem Einzelstadtverordneten in Kopie und per E-Mail verteilt, er ist im Internet eingestellt.

Der Bericht kann in den einzelnen Fachausschüssen behandelt werden.

TOP 7.3

Petitionen

Herr Groß

Vors. des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Ordnung und Petitionen

Neue Petition von Frau Förster und Herr Kasche.

Thema: Anfechtung der Genehmigung der Durchfahrt der Buslinie 13 von der Harnischdorfer Str. in die Gallinchener Str.

➔ Verteilung der Petition sowie des Antwortentwurfes erfolgt am 28.03.2024.

TOP 7.4

Aktuelle Stunde

Es findet keine Aktuelle Stunde statt.

TOP 7.5

Berichte der Beiräte der Stadt Cottbus/Chósebuz

Berichterstatter/innen

(Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderung)

(Beirat zur besonderen Vertretung der Gruppe der Senioren)

(Beirat für Integration und Migration)

Herr Kornig hält den Bericht.

Nachfragen zum Bericht des Beirates zur besonderen Vertretung der Gruppe der Senioren:

Herr Dieter Schulz

Herr Grewe hält den Bericht.

Nachfragen zum Bericht des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderung:

Herr Richter, Herr Bergner

Frau Ooro hält den Bericht.

Nachfragen zum Bericht des Beirates für Integration und Migration: Keine

Pause 20 min.

TOP 8

Vorlagen der Verwaltung

TOP 8.1

6. Änderung der Neufassung der Hauptsatzung der kreisfreien Stadt Cottbus/Chósebuz vom 28.10.2016

Dokument: III-002/24 StVV

Beschlussvorschlag:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge die 6. Änderung der Neufassung der Hauptsatzung der kreisfreien Stadt Cottbus/Chósebuz vom 28.10.2016 beschließen.“

Keine weiteren Wortmeldungen.

Die Vorlage ist einstimmig beschlossen.

3 Enthaltungen

Beschlusnummer: III-002-47/24

TOP 8.2

1. Abberufung der Integrationsbeauftragten der Stadt Cottbus/Chósebuz 2. Benennung der Beauftragten für Demokratiestärkung und Integration der Stadt Cottbus/Chósebuz nach § 6 der Hauptsatzung der Stadt Cottbus/Chósebuz in Verbindung mit § 19 BbgKVerf

Dokument: OB-004/24 StVV

Beschlussvorschlag:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- 1. Frau Imke Schütz als Integrationsbeauftragte der Stadt Cottbus/Chósebuz abzuberufen.*
- 2. Frau Ewelina Renner als hauptamtliche Beauftragte für Demokratiestärkung und Integration der Stadt Cottbus/Chósebuz zum 01.04.2024 nach den Regelungen des § 6 der Hauptsatzung der Stadt Cottbus/Chósebuz zu benennen. Die Funktion wird für die Dauer von 5 Jahren übertragen.“*

Herr Dr. Bialas regt an, die 2 Beschlusspunkte separat abzustimmen.

Keine gegenteiligen Wortmeldungen.

Herr Drogla bittet um Abstimmung des 1. Beschlusspunktes.

Der 1. Beschlusspunkt ist einstimmig beschlossen.

0 Enthaltungen

Herr Drogla bittet um Abstimmung des 2. Beschlusspunktes.

Der 2. Beschlusspunkt ist mehrheitlich beschlossen.

3 Nein 2 Enthaltungen

Die Vorlage ist beschlossen.

Beschlusnummer: OB-004-47/24

TOP 8.3

Bebauungsplan Nr. S/70/127 "Urbanes Gebiet Hardenbergstraße", Spremberger Vorstadt -

Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit -

Dokument: II.1-001/24 STVV

Beschlussvorschlag:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- 1. Die Bezeichnung des Bebauungsplanes wird von „Wohngebiet Hardenbergstraße“ in „Urbanes Gebiet Hardenbergstraße“ geändert.*
- 2. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. S/70/127 „Urbanes Gebiet Hardenbergstraße“ in der Fassung vom Dezember 2023 wird gebilligt.*
- 3. Für den Bebauungsplan ist gemäß § 3 Abs. 2 BauGB die Beteiligung der Öffentlichkeit durchzuführen.“*

Herr Schöngarth fragt, wo die Ersatzpflanzungen stattfinden werden und ob ein Schutz vor Überschwemmungen garantiert ist?

Frau Mohaupt verweist auf den Begründungstext in der Vorlage. Beide Belange werden im Rahmen des Verfahrens behandelt.

Die Vorlage ist einstimmig beschlossen.

0 Enthaltungen

Beschlusnummer: II.1-001-47/24

TOP 8.4

Bebauungsplan Nr. N/34/115 "Märkische Siedlung, Schmellwitzer Straße" - Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit

Dokument: II.1-002/24 STVV

(Ergänzungsblatt vom 18.03.2024)

(Ergänzungsblatt vom 19.03.2024)

Beschlussvorschlag:

1. *„Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. N/34/115 „Märkische Siedlung, Schmellwitzer Straße“ in der Fassung vom 29.01.2024 bestehend aus Planzeichnung und textlichen Festsetzungen wird einschließlich der Begründung mit Umweltbericht gebilligt.*
2. *Für den vorgenannten Bebauungsplanentwurf ist gemäß § 3 Abs. 2 BauGB die Beteiligung der Öffentlichkeit durchzuführen.“*

Herr Dr. Biesecke kündigt Zustimmung an. Der vorliegende Plan ist eine Kompromisslösung, welcher die Bedarfe des Marktes befriedigt. Vorliegender Plan, ist ein gutes Beispiel für Wachstumsschmerzen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Die Vorlage ist mehrheitlich beschlossen.

6 Nein 5 Enthaltungen

Beschlusnummer: II.1-002-47/24

TOP 8.5

Satzung über die Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich des Bebauungsplanes Nr. N/28/124 „Feuer- und Rettungswache II – Ewald-Haase-Straße“

Dokument: II.1-006/24 StVV

Beschlussvorschlag:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Zur Sicherung des mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Cottbus/Chósebuz vom 22.12.2021 eingeleiteten Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. N/28/124 „Feuer- und Rettungswache II – Ewald-Haase-Straße“ wird die am 23.04.2023 in Kraft getretene Veränderungssperre nach § 17 Abs. 1 BauGB verlängert.“

Keine weiteren Wortmeldungen.

Die Vorlage ist einstimmig beschlossen.

1 Enthaltung

Beschlusnummer: II.1-006-47/24

TOP 8.6

Änderung des Widmungszweckes kommunal-öffentlicher Einrichtungen

Dokument: III-003/24 StVV

(Austauschvorlage vom 27.03.2024)

Beschlussvorschlag:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1 Die Widmung aller in der Stadt Cottbus/Chósebuz kommunal-öffentlich genutzten Einrichtungen, insbesondere Stadtmuseum, Konservatorium, Stadthaus, Gladhouse, Turnhallen und Bürgerhäuser in den Ortsteilen, wird dahingehend eingeschränkt, dass diese Einrichtungen den Parteien im Sinne des Parteiengesetzes und Wählervereinigungen nicht mehr zur Durchführung von Veranstaltungen überlassen werden, soweit es einen Zeitraum von 8 Wochen vor dem jeweiligen Wahltermin (Kommunalwahl, Landtags-, Bundestags- sowie Europawahl) umfasst.

2. Die von der CMT Cottbus Congress, Messe & Touristik GmbH verwalteten Liegenschaften (u.a. Messe Cottbus und Stadthalle) sind von der Beschränkung des Widmungszwecks ausgenommen. ~~Gleiches gilt für die durch den Sportstättenbetrieb der Stadt Cottbus verwalteten Liegenschaft „Lausitzarena“.~~

Neu:

Die Räumlichkeiten der GWC und der Stadtwerke sind von der Sperrung ausgenommen.

Dr. Biesecke verweist auf die Besprechung im Ältestenrat und die Diskussion darüber, was hier der richtige Weg ist, die öffentlichen Gebäude der Stadt aus dem Wahlkampf rauszuhalten. Er glaubt, dass die jetzige Vorlage, welche eine abstrakte generelle Beschreibung (Liegenschaften welche ausgeschlossen werden sollen) enthält, richtig ist. Eine abschließende Liste, scheint nicht praktikabel. Gut ist, die komplett kommunal-öffentlich genutzten Einrichtungen aus dem Anwendungsbereich des Wahlkampfes herauszuhalten.

Herr Dr. Biesecke beantragt im Namen der Fraktion den 2. Satz im 2. Absatz zu streichen.

Begründung: Der Sportstättenbetrieb ist keine eigenständige Gesellschaft sondern ein Teil unserer Stadt auch wenn er ein separiertes Vermögen ist.

1. Änderungsantrag zur Vorlage → Streichung des Satzes 2 im 2. Absatz

„Gleiches gilt für die durch den Sportstättenbetrieb der Stadt Cottbus verwalteten Liegenschaft „Lausitzarena“.“

Herr Micklich formuliert den 2. Änderungsantrag zur Vorlage.

2. Änderungsantrag zur Vorlage → Die Räumlichkeiten der GWC und der Stadtwerke sollen von der Sperrung ausgenommen werden.

Herr Drogla bittet um Abstimmung des 1. Änderungsantrages der Fraktion SPD.

Der 1. Änderungsantrag der Fraktion SPD ist **mehrheitlich** (7 Nein, 7 Enthaltungen) **angenommen.**

Der Satz 2 im 2. Absatz („*Gleiches gilt für die durch den Sportstättenbetrieb der Stadt Cottbus verwalteten Liegenschaft „Lausitzarena“.* „) wird gestrichen.

Herr Drogla bittet um Abstimmung des 2. Änderungsantrages der Fraktion GfC.

Der 2. Änderungsantrag der Fraktion GfC ist **mehrheitlich** (6 Nein, 13 Enthaltungen) **angenommen.**

Ergänzung des Beschlussvorschlages: Die Räumlichkeiten der GWC und der Stadtwerke sind von der Sperrung ausgenommen.

➔ Herr Drogl a erläutert, dass hier die Geschäftsführung entscheidet.

Die Vorlage ist mehrheitlich mit Änderungen (Änderungsantrag 1+2) beschlossen.

6 Nein 3 Enthaltungen

Beschlusnummer: III-003-47/24

TOP 8.7

Heilung der Satzung über die Erhebung von Gebühren bei Leistungen der Feuerwehr der Stadt Cottbus/Chóšebuz (Feuerwehrgebührensatzung)

Dokument: III.1-002/24 StVV

Beschlussvorschlag:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge die „Satzung über die Erhebung von Gebühren bei Leistungen der Feuerwehr der Stadt Cottbus/Chóšebuz“ (Feuerwehrgebührensatzung) mit Kostentarif rückwirkend zum 01. Januar 2024 beschließen.

Damit wird die gleichlautende Satzung vom 24.11.2023 (Amtsblatt v. 09.12.2023; Inkrafttreten zum 01.01.2024) geheilt.“

Keine weiteren Wortmeldungen.

Die Vorlage ist einstimmig beschlossen.

0 Enthaltungen

Beschlusnummer: III.1-002-47/24

TOP 8.8

Heilung der Satzung über die Erhebung von Kostenersatz bei Leistungen der Feuerwehr der Stadt Cottbus/Chósebuz (Feuerwehrkostenersatzsatzung)

Dokument: III.1-003/24 StVV

Beschlussvorschlag:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge die „Satzung über die Erhebung von Kostenersatz bei Leistungen der Feuerwehr der Stadt Cottbus/Chósebuz (Feuerwehrkostenersatzsatzung) mit Kostentarif rückwirkend zum 01. Januar 2024 beschließen.

Damit wird die gleichlautende Satzung vom 24.11.2023 (Amtsblatt vom 09.12.2023, Inkrafttreten zum 01.01.2024) geheilt.“

Keine weiteren Wortmeldungen.

Die Vorlage ist einstimmig beschlossen.

0 Enthaltungen

Beschlusnummer: III.1-003-47/24

TOP 9

Anträge aus der Stadtverordnetenversammlung

Anträge zur Entscheidung

TOP 9.1

Einrichtung eines externen Bürgerbüros für die Beiräte der Stadt Cottbus und die Beauftragten des Oberbürgermeisters

Dokument: AT-47/23

Antragsteller: Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Rechte für Minderheiten
(Austauschantrag vom 29.02.2024)

Inhalt des Antrages:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

„1. Der Oberbürgermeister wird gebeten zeitnah zu prüfen, ob für die Beiräte für Senioren, Behinderte, Migration und Integration und den Kinder- und Jugendbeirat ein gemeinsames Büro als öffentlicher Anlaufpunkt im Zentrum der Stadt Cottbus, z.B. im geplanten Forum K, eingerichtet werden kann.

2. Dieses Büro sollte auch für regelmäßige Sprechstunden der jeweiligen Beauftragten des Oberbürgermeisters genutzt werden. Die Sachbearbeiterin kann dort ihren ständigen Arbeitsplatz haben.

3. Das Büro sollte, wenn möglich, auch über einen Raum für die monatlichen Beratungen der Beiräte verfügen.“

Herr Richter stellt heraus, dass für die Beiräte der Kontakt zu den verschiedenen Bevölkerungsgruppen von besonderer Bedeutung ist. Verweis auf Prüfauftrag, welcher die Möglichkeit prüfen soll ein gemeinsames Büro als öffentlicher Anlaufpunkt im Zentrum der Stadt Cottbus, z.B. im geplanten Forum K, einzurichten.

Herr Dr. Bialas macht im Namen der Fraktion CDU deutlich, dass die Fraktion dem Antrag nicht zustimmen wird. Bei aller Wertschätzung für die Arbeit der Beauftragten, sollten die vorhandenen Möglichkeiten (Sozialläden, soziokulturelles Zentrum) in den Stadtteilen genutzt werden.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Nein 12 Enthaltung 5

Beschlusnummer: AT-47-47/23

Anträge zum Verweis in die Ausschüsse:

TOP 9.2

Zentrales Vergabemanagement der Stadt Cottbus/Chósebuz

Dokument: AT-07/24

Antragsteller: Fraktion CDU

(Austauschantrag vom 12.03.2024)

Inhalt des Antrages:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister möge das zentrale Vergabemanagement der Stadt Cottbus beauftragen, die „Dienstanweisung zur Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Vergabeverfahren und Wettbewerben“ unter Berücksichtigung folgender drei Aspekte zu aktualisieren.

- 1. Verringerung des Bürokratieaufwandes insbesondere bei einzureichenden Nachweisen und Auskünften durch die Unternehmen.*
- 2. Das häufigste Zuschlagskriterium bzw. die Wertungsmethode „niedrigster Preis“ zu überprüfen, da das wirtschaftlichste Angebot nicht grundsätzlich das Angebot mit dem niedrigsten Preis ist.*
- 3. Angemessene Mitwirkung der ehrenamtlichen Verwaltung im Prüfteam Vergabe zumindest für Vergaben, die den Gremien der Stadtverordnetenversammlung (dazu gehören auch Fachausschüsse) als Info- oder Beschlussvorlage vorgelegt werden.“*

Keine weiteren Wortmeldungen.

Empfehlung aus dem Hauptausschuss

Verweis in den Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligung und Strukturwandel.

Der Antrag ist verwiesen in die Fachausschüsse.

TOP 9.3

Unterstützung der Bürger bei der Digitalisierung

Dokument: AT-08/24

Antragsteller: Fraktion AfD

Inhalt des Antrages:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, zu prüfen:

- 1. Unterstützung der Bürger bei der Digitalisierung der Verwaltungsvorgänge*
- 2. Modell Stadtbibliothek*

Begründung des Antrages:

Estland als Vorreiter bei der Digitalisierung bietet seinen Bürgern Hilfe und Unterstützung bei der fortschreitenden Digitalisierung an.

Im Land werden die Bibliotheken als Anlaufstellen genutzt, um die Bürger vor Ort aktiv zu unterstützen und zu schulen. Auf Grund dessen, dass eine Neukonzeptionierung und ein Umzug der Stadtbibliothek geplant ist, sollte geprüft werden, inwieweit die Stadtbibliothek für die Erfüllung dieser Aufgaben ertüchtigt werden kann.

Analoge Formate werden trotzdem den Bürgern angeboten.“

Empfehlung des Hauptausschusses:

Verweis in den Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligungen und Strukturwandel.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Antrag ist verwiesen in die Fachausschüsse.

TOP 9.4

Prüfung der Aufstellung eines Standup-Paddeling-Board (SUB)- und Kajak-Automaten an der Stadtspre

Dokument: AT-09/24

Antragsteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Inhalt des Antrages:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- 1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Bereitstellung einer städtischen Fläche für die Aufstellung eines Standup-Paddeling-Board (SUB)- und Kajak-Automaten im Bereich Kleines Spreewehr bis Großes Spreewehr zu prüfen.*

2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Aufstellung und Betreuung des SUB- und Kajak-Automaten durch ein Städtisches Unternehmen (CMT, Sportstättenbetrieb...) zu prüfen.
3. Das Ergebnis der Prüfungen ist dem Fachausschuss Wirtschaft, Beteiligungen und Strukturwandel im Mai 2024 vorzustellen.“

Empfehlung aus dem Hauptausschuss

Verweis in den Ausschuss für Bildung, Sport, Kultur und sorbisch wendische Angelegenheiten, Wirtschaft, Beteiligung und Strukturwandel sowie in den Ausschuss für Haushalt und Finanzen

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Antrag ist verwiesen in die Fachausschüsse.

TOP 9.5

Lücken bei der Schulwegsicherung für 1.+ 2. Klassen schließen

Dokument: AT-10/24

Antragsteller: Fraktion CDU

Inhalt des Antrages:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zum Beginn des Schuljahres 2024/2025 die vorhandenen Lücken in der Schulwegsicherung für die jüngsten Schülerinnen und Schüler, insbesondere auf dem Weg zum Nachmittagshort zu schließen.

Begründung:

Nach geltenden Recht endet die Betreuungspflicht der Schule, wenn die Schulkinder die Schuleinrichtung verlassen und die Betreuungspflicht der Horteinrichtung beginnt, wenn die Schul- bzw. Hortkinder die Horteinrichtung betreten. Die bestehende Betreuungslücke muss gemeinsam durch Schule, Hort (Kommune + ggf. freier Träger) und Eltern zumindest für die 1. Klasse geschlossen werden. Die jüngsten Einwohneranfragen haben auf eine Lücke in der Erwachsenen-Begleitung der Schulkinder von der Christoph-Columbus-Schule in die externe Horteinrichtung nach Schulende aufmerksam gemacht.

Die Stadt Cottbus sichert gemeinsam mit der Verkehrswacht Cottbus e.V. an vielen Grundschulen den Schulweg in unmittelbarer Nähe der jeweiligen Schule und insbesondere zum Schulbeginn. Mit diesem Antrag soll erreicht werden, dass zu Beginn des kommenden Schuljahres die gesamte Schulwegsicherung gemeinsam mit den jeweiligen Schulen und der Verkehrswacht Cottbus e.V. evaluiert wird und dabei auch der Weg von der Schule zum externen Hort zumindest für die 1. Klassen durch Begleitung gesichert wird. Es sollte im Einzelfall auch geprüft werden, externe Hortplätze wieder durch Hortplätze an der Grundschule zu ersetzen. Die Nutzung von Schulräumen/Klassenräumen durch den Nachmittagshort war in der Vergangenheit übliche Praxis und könnte auch im Zusammenhang mit dem konkreten Anspruch an eine Ganztagschule betrachtet werden.“

Empfehlung aus dem Hauptausschuss

Verweis in die Ausschüsse: Soziales, Gesundheit und Rechte für Minderheiten, Bildung, Sport, Kultur und sorbisch wendische Angelegenheiten, Recht, Ordnung, Sicherheit und Petitionen sowie den Jugendhilfeausschuss

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Antrag ist verwiesen in die Fachausschüsse.

TOP 9.6

Schaffung von Arbeitsgelegenheiten nach § 5 AsylbLG für arbeitsfähige Asylbewerber

Dokument: AT-11/24

Antragsteller: Fraktion CDU

Inhalt des Antrages:

„Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Angebote von Arbeitsgelegenheiten nach § 5 AsylbLG für erwerbsfähige Asylbewerber bei kommunalen und gemeinnützigen Trägern bereitzustellen.

Begründung:

Das geltende Asylbewerberleistungsgesetz enthält für arbeitsfähige, nicht erwerbstätige Leistungsberechtigte sowohl fördernde Maßnahmen (Verpflichtung zu einem Integrationskurs nach § 43 Aufenthaltsgesetz) wie auch fördernde Maßnahmen (Arbeitsgelegenheiten nach § 5 AsylbLG).

Um letzteres Ziel zu erreichen, soll die Verwaltung die Inanspruchnahme weiterer Möglichkeiten und Angebote interner und externer Arbeitsgelegenheiten gemäß § 5 Abs. 1 AsylbLG prüfen. Dabei geht es insbesondere um Arbeitsgelegenheiten im kommunalen Bereich, wo das Arbeitsergebnis der Allgemeinheit dient (§5, Abs.1 AsylbLG) und die zusätzlich zu bestehenden Verträgen mit privaten Dienstleistungsunternehmen geschaffen werden. Möglich wäre die unterstützende Pflege von Außenanlagen von Schulen und KITAs (Unterstützung der Hausmeister dieser Einrichtungen), die allgemeine Landschaftspflege in der Kommune oder auch die Zusammenarbeit mit Trägern wie den Tafeln.

Die Umsetzung externer Arbeitsgelegenheiten fördert eine soziale Integration und Teilhabe, hilft bei einer besseren Strukturierung des Tagesablaufes und fördert das Selbstwertgefühl des Leistungsberechtigten.“

Empfehlung aus dem Hauptausschuss

Verweis in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Rechte für Minderheiten.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Antrag ist verwiesen in die Fachausschüsse.

TOP 9.7

Sicherheit der Bürger und Gäste erhöhen durch weitere Videoüberwachung

Dokument: AT-12/24

Antragsteller: Fraktion CDU

Inhalt des Antrages:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt weitere Orte in der Stadt Cottbus/Chósebus für die Videoüberwachung vorzuschlagen und festzulegen, um die Sicherheit der Cottbuser Bürger und Gäste zu erhöhen und Vandalismus vorzubeugen.

Begründung:

Die CDU-Fraktion begrüßt die eingeführte Videoüberwachung am Teehäuschen die ein Ergebnis der Sicherheitskonferenz im Februar 2024 war. Das Sicherheitsgefühl unserer Bürger und Gäste der Stadt Cottbus/Chósebus wird gestärkt durch die Einführung von weiterer Videoüberwachung an öffentlichen Straßen und Plätzen. Es ist notwendig für mehr Sicherheit zu sorgen, um wirksam vor Straftaten und Vandalismus zu schützen.“

Empfehlung aus dem Hauptausschuss

Verweis in den Ausschuss für Recht, Ordnung, Sicherheit und Petitionen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Antrag ist verwiesen in die Fachausschüsse

TOP 9.8

Sicherheit gewährleisten durch personelle Verstärkung des Vollzugsdienstes zur Erhöhung der Streifengänge der Stadt Cottbus/Chósebus

Dokument: AT-13/24

Antragsteller: Fraktion CDU

Inhalt des Antrages:

„Die Stadtverwaltung wird beauftragt die personelle Verstärkung des Vollzugsdienstes zur Erhöhung der Streifengänge zu organisieren und zu prüfen, sowie auf eine Intensivierung der Mischstreifen mit der Polizei hinzuwirken.

Begründung:

Die vor einem Jahr mit der ersten Sicherheitskonferenz eingeleiteten Schritte zu mehr Ordnung und Sicherheit in der Innenstadt sowie in den großen Stadtteilen zeigen spürbar Wirkung. Die Schlussfolgerung der Sicherheitskonferenz im Februar 2024 sollte sein, noch mehr Ordnungskräfte für die Bestreifung zur Verfügung zu stellen. Somit kann die Sicherheit für unsere Bürger und Gäste erhöht und Straftaten und Ordnungswidrigkeiten präventiv eingedämmt werden.“

Empfehlung aus dem Hauptausschuss

Verweis in den Ausschuss für Recht, Ordnung, Sicherheit und Petitionen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Antrag ist verwiesen in die Fachausschüsse

TOP 10

Persönliche Mitteilungen und Erklärungen

Keine.

Cottbus/Chósebus, 15.04.2024

gez.

Reinhard Drogl
Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung